

Interview mit Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina

WEDNESDAY, 16 JUNE 2010 10:08

„Man hätte den politischen Willen haben müssen, einen Genozid in unserer Nachbarschaft zu verhindern.“



Dr. Christian Schwarz-Schilling

„Ich schäme mich, diesem Parlament anzugehören, wenn es beim Nichtstun bleibt.“ Worte eines Politikers, der es bei Nichtstun nicht beließ. Sie stammen von Dr. Christian Schwarz-Schilling, dem ehemaligen deutschen Postminister, der 1992 aus Protest gegen die Haltung der Bundesregierung angesichts des Krieges in Bosnien-Herzegowina zurücktrat. Im Interview erzählt er, inwieweit sich die Haltung der Regierung gegenüber dem Krieg auf dem Balkan geändert hat und weshalb Aktionen in Form von Projekten wie die „Säulen der Schande“, einem neuartigen Mahnmal gegen die Vereinten Nationen, wichtig sind.

M. Sidro: Sie sind 1992 von Ihrem Amt aus Protest gegen die Haltung der Bundesregierung im Bosnien-Krieg zurück getreten. Denken Sie, dass sich die damalige Denkweise der Regierung gegenüber dem Krieg auf dem Balkan geändert hat?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Es hat sich eine Menge geändert. Die Politik hat zeitweise eine Umkehr in der Bosnien-Frage gemacht. Man denke an Joschka Fischer, der der Partei der Grünen angehört und den bislang üblichen Pazifismus vertrat, aber dann, als er merkte, hier geschieht Völkermord, sich auf dem Balkan engagierte. 1995 nahm sich die USA der Bosnienkrise an und beendete durch Intervenieren und den Dayton-Vertrag den Krieg. Aber dennoch muss ich sagen, dass die durchgeführten Veränderungen nicht genug sind, denn der Westen handelte erst, als die Katastrophen schon da waren. Dann ist es aber zu spät. Deutschland hatte eine völlig falsche Scheu an den Tag gelegt, denn eigentlich wäre es Deutschlands Pflicht gewesen, sensitiver und pflichtbewusster zu handeln. Man hätte den politischen Willen haben müssen, einen Genozid in unserer Nachbarschaft zu verhindern.*

M. Sidro: In einem Interview von 2007 sagten Sie, dass die Ungeduld und undifferenzierte Beschimpfung des Westens gegenüber den bosnischen Politikern eine Ausrede der internationalen Gemeinschaft sei, die eher ihr Geld für militärische Maßnahmen als für Konzepte einer friedlichen Nachkriegspolitik ausgibt. Ist es immer noch so?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Ja absolut. Dem Staat Bosnien-Herzegowina wurden politische Lasten im Friedensvertrag von Dayton auferlegt, von welchen er sich selbst nicht befreien kann. Dann ist da die Entität der Republika Srpska, die sich als Sachwalter einer ethnischen Kriegspartei empfindet und deren Politik sich nach der Vergangenheit richtet. Wenn einer diktatorisch geprägten Obrigkeit in einem Teilstaat erlaubt wird, die Zukunft des Gesamtstaates zu blockieren, dann ist die Passivität der Int. Gemeinschaft, welche diesen Zustand schließlich geschaffen hat, fehl am Platze. Pauschalbeschimpfungen der gesamten bosnischen Politik seitens des Westens sind absolut das falsche Mittel!*

M. Sidro: Eines der schrecklichen Ereignisse im Balkan-Krieg war am 11.07.1995 der Genozid von Srebrenica, bei welchem innerhalb einer Woche mehr als 8000 moslemische Jungen und Männer unter den Augen der niederländischen Blauhelme ermordet wurden. Bis heute kämpfen die Mütter von Srebrenica, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Axel Hagedorn, um Gerechtigkeit vor dem Gericht in Den Haag, allerdings vergeblich. Können Sie die Haltung des Gerichts nachvollziehen?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Ein internationales Gericht hat die Taten von Srebrenica als Völkermord eingestuft, denn dort hatte eine politische Zielsetzung stattgefunden, die zum Ziel hatte, eine Ethnie (die muslimische Ethnie) auszulöschen. Diese Feststellung ist ein Fortschritt. Allerdings ist der Schritt nicht ausreichend,*

um Gerechtigkeit zu schaffen. Aber in Zukunft werden mehr Schritte unternommen werden müssen, denn je mehr Fakten ans Licht kommen, man denke nur an die zahlreichen Massengräber, die bis heute immer wieder gefunden wurden, wird jede weitere Leugnung indiskutabel sein. Als jüngstes Beispiel muss die Resolution von Srebrenica im serbischen Parlament genannt werden, die mit hauchdünner Mehrheit verabschiedet wurde. Hier wurde der Begriff „Völkermord“ absolut umgangen, obwohl es das Schlüsselwort für die Untaten gewesen wäre.

M. Sidro: Nun hat Philipp Ruch 15 Jahre nach dem Genozid das Projekt „16.744 Shoes: Weltorganisation vor Gericht“ ins Leben gerufen. Er sammelt 16.744 Schuhe für die Säulen der Schande, in denen die Spender dem Westen Botschaften mitteilen sollen. Wie finden Sie die Idee?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Ich bin kein geborener Revolutionär, ich versuchte in meinem politischen Leben durch politische Überlegungen und Handlungen, die mir aufgrund meiner Positionen gegeben waren, Fehlentwicklungen zu verhindern. Daher habe ich beschlossen 1992, zurückzutreten und damit ein Signal zu setzen. Aber aufgrund des Desinteresses, der Respektlosigkeit und des Egoismus, ja sogar Verantwortungslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen gegenüber bosnischen Staatsbürgern zuzulassen, bedarf es einer spektakulären Aktion, die auf dieses Problem aufmerksam macht. Einerseits finde ich das Projekt insoweit gut, andererseits bin ich traurig, dass es solch einer Handlung heute noch bedarf.*

M. Sidro: Werden die Säulen für eine Veränderung in der Haltung der EU und der internationalen Gemeinschaft gegenüber Bosnien und Herzegowina beitragen können?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Teilweise ja. Denn durch diese Aktion setzt sich auch bei uns die Zivilbevölkerung zur Wehr, dass die Politik Menschenrechtsverletzungen zulässt.*

M. Sidro: Wenn Sie einen Schuh für das Projekt spenden würden, welche Botschaft würden Sie zusammen mit dem Schuh nach Europa schicken, damit es die Belange, Wünsche oder auch Leiden der Menschen aus einem der jüngsten Länder Europas versteht?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Alle Menschen in Deutschland haben Grundrechte. So wollte es das Grundgesetz nach den furchtbaren Erfahrungen des Holocaust. Und so ist es auch eine unmittelbare Aufgabe eines jeden Staatsbürgers, Völkermord zu verhindern und zu bekämpfen.*

M. Sidro: Philipp Ruch meinte, es brauche eine neuartige Form des Kampfes um Menschenrechte: einen „aggressiven Humanismus“. Was halten Sie davon?

Dr. Christian Schwarz-Schilling: *Sie ist erlaubt, denn wir leben in einem demokratischen Staat und es ist absolut erforderlich, dass der Staat auch Prioritäten zur Kenntnis nimmt, die von der Zivilgesellschaft geäußert werden. Man denke einmal an die Geschwister Scholl, die ihr Leben für den Kampf gegen den Nationalsozialismus geopfert haben. Im Vergleich zu einem diktatorischen Staat, in dem man sich mit solchen Aktionen in Lebensgefahr bringen kann, ist die Verpflichtung eines jeden Bürgers in einem Rechtsstaat umso größer, auf solche Ungerechtigkeiten auf friedliche Weise aufmerksam zu machen.*

M. Sidro: Dr. Schwarz-Schilling, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte **Mirella Sidro**

Copyright © **Balkan24.info**